

**Niederschrift
über die Sitzung des Amtsausschusses Lebus**

Sitzungstermin: Dienstag, den 11.04.2017

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 21:26 Uhr

Sitzungsort: Kulturhaus Alt Zeschdorf, Hauptstraße 31, 15326 Zeschdorf
OT Alt Zeschdorf

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Margot Franke

Mitglieder

Frau Britta Fabig

Herr Frank Fries

Herr Wolfgang Gerlach

Herr Joachim Kretschmann

Herr Manfred Kürzer

Herr Alfred Nowak

Herr Karl-Friedrich Tietz

Herr Andreas Weber

Geladene Gäste

Frau Dorothea Janz

Herr Danny Wollank

Infopunkt Lebus

Landkreis MOL, Wirtschaftsamt

Märkische Oderzeitung

Frau Josefine Jahn

Amtsverwaltung

Herr Heiko Friedemann

Frau Iris Frackowiak

Schriftführung

Frau Annett Malke

Nicht anwesend:

Mitglieder

Frau Angelika Knispel

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Zur Geschäftsordnung
 - 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.2. Feststellung von Ausschließungsgründen
 - 1.3. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.4. Einwendungen gegen die Niederschrift öffentlicher Teil vom 21.02.2017
 - 1.5. Auswertung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 21.02.2017
2. Einwohneranfragen
3. Information zum Breitbandausbau (BE: Herr Danny Wollank)
4. Information zur Verwaltungsstrukturreform
5. Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

6. Einwendungen gegen die Niederschrift nicht öffentlicher Teil vom 21.02.2017
7. Auswertung der Niederschrift nicht öffentlicher Teil vom 21.02.2017
8. Beratung zur Fortführung des Infopunktes Lebus
9. Sonstiges

Öffentlicher Teil

1. Zur Geschäftsordnung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Die Einladungen sind allen Amtsausschussmitgliedern ordnungs- und fristgerecht zugegangen. Beanstandungen werden nicht erhoben.

1.2. Feststellung von Ausschließungsgründen

Ausschließungsgründe sind ggf. anzuzeigen.

1.3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. 9 von 10 Amtsausschussmitgliedern sind anwesend.

Frau Franke beantragt, Frau Janz im nicht öffentlichen Teil Rederecht zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 1 Enthaltung: 0

Herr Fries kritisiert die Behandlung des TOPs „Fortführung des Infopunktes“ im nicht öffentlichen Teil.

1.4. Einwendungen gegen die Niederschrift öffentlicher Teil vom 21.02.2017

Es werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben. Damit ist diese angenommen.

1.5. Auswertung der Niederschrift öffentlicher Teil vom 21.02.2017

Eine Auswertung ist nicht erforderlich.

2. Einwohneranfragen

Keine Einwohneranfragen.

3. Information zum Breitbandausbau (BE: Herr Danny Wollank)

Herr Wollank informiert über die Ausgangssituation und stellt Zahlenmaterial dazu vor. Die Stadt Strausberg beteilige sich nicht an dem Breitbandausbau. Er stellt die Zeitschiene für den geplanten Ausbau von Januar 2016 bis 2018 vor. Begonnen sei mit der Erkundung der örtlichen Gegebenheiten für die Verlegung des Netzes. Förderantragsabgabe beim Bund war im Februar 2017. Mit einem Bewilligungszeitraum von 4 -5 Monaten sei zu rechnen. Das Markterkundungsverfahren habe oft unzureichende bzw. fehlende Angaben der Telekommunikationsanbieter ergeben. Allerdings müsse auch kaum ein Versorger (Gas, Wasser, Elektro) Auskunft über die vorhandene Infrastruktur geben, bzw. ein Mitverlegung gestatten.

Herr Wollank bittet, wenn Tiefbauarbeiten im Amtsgebiet erfolgten, an den Telekommunikationsanbieter heranzutreten, um zu prüfen, ob eine Mitverlegung von Leitungen der Telekommunikation möglich sei. Hierbei könnten 80 % der Kosten (Tiefbau) für den Breitbandausbau eingespart werden.

Er schätzt den Ausbaustand des Amtsbereichs derzeit als gut ein und stellt dies anhand seiner Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll) dar.

Die TELEKOM sei mit dem Ausbau im Amtsbereich Lebus in den nächsten 2 Jahren beauftragt. Voraussichtlich würden die Arbeiten in 2018 durchgeführt, so Herr Wollank. Er erläutert die geplanten Maßnahmen im Amtsbereich Lebus.

Herr Tietz bittet über die geplanten Baumaßnahmen im Bereich der Gemeinde Reitwein genauer informiert zu werden.

Herr Wollank verweist auf die Informationen auf der Homepage des Landkreises Märkisch-Oderland www.maerkisch-oderland.de. Dort seien über das „Geoportal“ unter „Breitbandausbau“ weitere Informationen verfügbar.

Er erläutert die Splittung der Flächen mit Aufrüstungsbedarf. Schulen seien automatisch in der Ausbaumaßnahme enthalten. Herr Wollank führt zur technischen Umsetzung der Maßnahme aus. Er erläutert die Fördermöglichkeiten und die Fördersituation des Landkreises MOL. Dieser werde in den Breitbandausbau ca. 140 Millionen Euro investieren. Die Kommunen müssten sich mit mindestens 10 % daran beteiligen. Dieser Eigenanteil wird durch den Landkreis MOL übernommen.

Herr Wollank informiert, dass Einzelprojekte im Rahmen des Breitbandausbaus nur bis zu 15 Millionen Euro teuer sein dürften. Daher sei der Landkreis in Teilbereiche aufgeteilt worden. Das Amt Lebus werde dem Bereich MOL 3 zugeordnet. Er gehe hier von einer positiven Bescheidung aus.

Frau Franke hofft auf eine baldige Umsetzung und Bereitstellung der Technik.

Herr Wollank bittet die Amtsausschussmitglieder darum, Fragen zum Breitbandausbau zu sammeln und an die Kreisverwaltung zu schicken.

Herr Fries fragt an, ob die Gemeinde Bescheid gegeben werde, wenn der Landkreis MOL für die Breitbanderschließung Tiefbauarbeiten beginne, um ggf. eine Mitverlegung von Kabeln zu ermöglichen.

Herr Tietz erkundigt sich, ob in der Amtsverwaltung Karten in Papierform zum Breitbandausbau vorliegen.

Herr Wollank erklärt, das Amt könne Ausdrücke für bestimmte Bereiche machen.

4. Information zur Verwaltungsstrukturreform

Herr Friedemann fasst die Aktivitäten seit der letzten Amtsausschusssitzung zusammen.

- ✚ 28.02.2017 – Vorbereitungsgruppe für die Arbeitstreffen, Ämter Lebus und Seelow-Land zum ersten Mal dabei
- ✚ 08.03.2017 – Treffen der Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Seelow und der 4 Ämter im Innenministerium mit Staatssekretärin Frau Lange. Hier Erhalt von Eckpunkten von möglichem Gesetzestext mit einer anschließenden Diskussion dazu.
- ✚ 08.03.2017 – 4. Arbeitstreffen Oderlandregion
- ✚ 21.03.2017 – Treffen mit dem Städte- und Gemeindebund in Britz. Hier Diskussion von Modellen für die Fusion. Städte- und Gemeindebund will Amtsgemeindemodell nicht. Wenig Fürsprecher für dieses Modell, nur Herr Lieske, Herrn Birkholz und Herrn Friedemann selbst.
- ✚ 23.03.2017 – Weitere Veranstaltung in Seelow mit Staatssekretärin Frau Lange. Präsentation für die ehrenamtlichen Bürgermeister.
- ✚ 03.04.2017 Veranstaltung für alle Amtsdirektoren beim Innenminister Herrn Schröter. Kurstadtregion und Oderlandregion waren sehr präsent.

Hierbei habe sich herauskristallisiert:

- Keine Obergrenzen für die Anzahl der Ortsgemeinden in einer Amtsgemeinde
 - Kein Flächenkriterium
 - 8.000 bis 12.000 Einwohner in 2030
 - Problem der Vertretung des Ehrenamtes. Ehrenamtlicher Bürgermeister: Mögliches aktives Teilnahmerecht. Auch andere Modelle.
 - Diskussion des Aufgabenkataloges: Kita und Schule seien strittig. Wollen den Gemeinden freistellen, welche Aufgaben übertragen werden sollen. Entscheidung trifft letztendlich das Land.
 - Neuwahl des Hauptverwaltungsbeamten innerhalb von 6 Monaten
 - Finanzausgleich.
- ✚ 28.03.2017 – Beratung mit der Staatssekretärin Frau Lange: Aussage, dass ein Zusammenschluss innerhalb des gängigen Ämtermodells möglich sein soll, als Übergangsvariante. Dann könnten auch die nötigen Mittel vom Land bereitgestellt werden.
- Die Beratung mit dem Innenminister habe diese Aussage grundsätzlich bestätigt, aber auch relativiert. Zwischenschritte seien noch zu prüfen, Fördermittel für die Modellregion noch nicht bestätigt. Herr Friedemann verweist auf eine Beratung mit dem Finanzminister Herrn Görke am 12.04.2017 in Seelow.

Zu einer Übergangslösung, der Überführung in eine Amtsgemeinde müssten sich alle beteiligten Gemeinden verpflichten, so Herr Friedemann auf Anfrage von Herrn Kürzer.

Frau Franke sieht hierin einen Widerspruch und würde diesen Schritt nicht begrüßen. Frau Frackowiak ergänzt, dass wenn erst ein großes Amt gebildet würde, müsste sich dieses verpflichten, mit Wirksamkeit des neuen Gesetzes zur Verwaltungsstrukturreform dann sofort in eine Amtsgemeinde über zu gehen, mit allen Aufgaben die der Amtsgemeinde gesetzlich zugewiesen sind.

Herr Friedemann weist darauf hin, dass sich die Gemeinden dann zu etwas verpflichten müssten, was in seinem Umfang noch gar nicht bekannt sei. Allerdings wären in dem Amtsausschuss dann auch alle Bürgermeister vertreten und könnten noch etwas gestalten.

Die Möglichkeit eines solchen Zwischenschrittes wird diskutiert.

Herr Kretschmann fragt an, ob der Förderantrag zur Modellregion überhaupt noch Bestand habe, wenn sich die Gegebenheiten in dieser Form änderten.

Herr Friedemann erklärt, dass dieser Zwischenschritt so dargestellt wurde. Der weitere Ablauf für das neue Gesetz sehe zuerst einen Referentenentwurf vor, dieser ist zuerst informell abzustimmen, dann gebe es dazu eine interne Anhörung der Ministerien. Danach folge eine Anhörung mit den Spitzenverbänden. Dem schließe sich eine Kabinettsvorlage an, nach deren Beschluss folge die Beratung und Beschlussfassung durch die Ausschüsse und den Landtag.

Herr Fries fragt an, ob durch den Städte- und Gemeindebund Initiativen geplant seien. Herr Friedemann erwidert, dass nichts geplant sei. Viele Amtsdirektoren hätten berichtet, dass sie Aufgaben wie Kita und Schule auf Amtsebene gezogen hätten. Dies sei so jedoch nicht ganz verfassungskonform. Zudem sei der Vermögensübergang zu klären, ob das Vermögen der Aufgabe folge oder nicht.

Herr Fries hebt hervor, dass sich der Amtsausschuss fragen müsse, ob er weiter aktiv sein wolle, oder dem folge, was vorgeschlagen werde. Er wolle weiter für ein volles Abstimmungs- und Teilnahmerecht der ehrenamtlichen Bürgermeister kämpfen und auch die Schulen und Kitas in der Hoheit der Gemeinden belassen.

Herr Kürzer schätzt für die Stadtverordnetenversammlung Lebus ein, nach einer Beratung über das Schreiben der Gemeindevertretung Zeschdorf an das Innenministerium, dass so nichts bewirkt werde. Die Stadt wolle sich auf die Realisierung konzentrieren.

Herr Fries entgegnet, dass er der Stadt nichts raten könne. Aber noch sei das Verfahren in der Gesetzgebung offen. Wenn sich viele Gemeinden zusammen tun, könne vielleicht noch etwas erreicht werden.

Herr Friedemann wirft ein, dass die Mitglieder der künftigen Modellregion das Privileg hatten, bei den Beratungen anwesend zu sein. Er habe den Eindruck, es werde zugehört und versucht, Überlegungen der Verwaltungen mit einzubeziehen.

Herr Gerlach fragt nach einer Diskussion zu den Bürgerservicestellen. Gibt es hierzu schon konkrete Aussagen, auch zur Höhe einer möglichen Förderung. Weiterhin möchte er wissen, ob schon Ideen und Ansätze der Ämter dazu eingebracht werden konnten.

Herr Friedemann antwortet, dass die Einrichtung von Bürgerservicestellen angedacht sei. Diese seien Thema der nächsten Vorbereitungsgruppe und des Arbeitstreffens. Derzeit würden in den Ämtern die Besucher erfasst. Eine Förderung von insgesamt 2,5 Millionen Euro sei beantragt, pro wegfallender Verwaltung 500.000 €.

Grundsätzlich sei über Kitas, Freiwillige Feuerwehren und Schulen immer wieder beraten worden. Hierbei gebe es einen Widerspruch aus Sicht der Verwaltung. Diese interpretiere die Angst der Kommunen wegen eines Übergangs der Einrichtungen so, dass diese um den Erhalt der Einrichtungen gehe. Dazu müssten die Kommunen Zugriff haben. Allerdings sei der Brand- und Katastrophenschutz per Gesetz bereits dem Amt übergeben und würde wahrscheinlich nicht als Gemeindeaufgabe zurückgegeben werden.

Herr Kretschmann berichtet, dass bereits über die Bürgerservicestellen nachgedacht worden sei, auch über ein Modell der Bürgermeistersprechstunde mit Amtsbetreuung in den Dörfern. Im Zuge der technischen Entwicklung halte er auch das für möglich. Bereits mit der Amtsbildung sei die Bürgernähe etwas verloren gegangen.

Frau Frackowiak informiert über eine Liste möglicher Aufgaben der neuen Amtsgemeinde:

- ✚ Schulgesetz
- ✚ Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen mit überörtlicher Bedeutung
- ✚ Wasserversorgung
- ✚ Abwasserbeseitigung
- ✚ Gewässerunterhaltung zweiter Ordnung
- ✚ Überörtlicher Sozialeinrichtungen und Pflege
- ✚ Kitaträgerschaft eventuell
- ✚ Straßenbaulast überörtlich
- ✚ Schiedsstelle
- ✚ Hilfe in Verwaltungsangelegenheiten
- ✚ Fremdenverkehr
- ✚ Wirtschaftsförderung
- ✚ Kassen- und Rechnungswesen
- ✚ Brandschutz

Herr Kretschmann konkretisiert, wenn die Aussage zu einer Aufgabenübertragung getroffen werde, dann für alle. Es werde auch untereinander Probleme geben. Entweder alle Kitas würden in den Gemeinden verbleiben oder zentral verwaltet. Wo dies bereits zentral erfolge, müsse eine Rückabwicklung stattfinden.

Herr Fries fordert eine Gesetzgebung, nach der über den Bestand der Einrichtung die Kommune selbst entscheide, diese aber durch das Amt verwaltet werde.

Herr Weber zeigt sich skeptisch gegenüber der Amtsgemeinde als Verwaltungseinheit.

Arbeitsgruppe: Die Zukunft und der Sinn der Arbeitsgruppe werden diskutiert. Herr Kretschmann schlägt vor, die gewählten Vertreter der Kommunen wenn nötig zum Thema in den Amtsausschuss einzuladen.

Herr Friedemann erklärt, dass der eigentliche Ansatz ein guter Informationsfluss aus den Beratungen in die Gemeindevertretungen bzw. die Stadtverordnetenversammlung war. Nun gebe es eine funktionierende Struktur. Die Arbeitsgruppe werde nun nicht mehr unbedingt gebraucht. Er fragt an, ob die Amtsausschussmitglieder die Arbeitsgruppe ruhen lassen oder auflösen wollen.

Herr Gerlach erklärt, der Amtsausschuss sei doch auch berechtigt, die Arbeitsgruppe ruhen zu lassen und die Mitglieder durch die Bürgermeister zu informieren. Er schlägt vor, dass die Arbeitsgruppe ruhen solle und die Mitglieder bei Interesse an den Amtsausschusssitzungen teilnehmen könnten.

Die Amtsausschussmitglieder signalisieren allgemeine Zustimmung.

5. Sonstiges

Amtsradtour: Frau Franke informiert über das Programm der diesjährigen Amtsradtour am 01.05.2017 und lädt herzlich dazu ein.

Die Amtsradtour führe nach Libbenichen, damit beginne auch ein Teil der gemeinsamen Arbeit mit den Kollegen aus Seelow-Land im Zuge der Verwaltungsfusion.

Nächste Sitzung: Dienstag, 27.06.2017 um 19.00 Uhr in der Amtsscheune Treplin

Themen:

- ✚ Weiterentwicklung des Amtes
- ✚ Polizeistatistik (Herr Wendland)

Margot Franke

Vorsitzende
des Amtsausschusses